

# Ergänzende Datenschutzinformationen zur internen Meldestelle

## Verantwortliche

Im Sinne des Artikels 4 Nr. 7 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) sind wir gemeinsam mit der Gem.DataSecure GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Weidestraße 134, 22083 Hamburg für unsere interne Meldestelle nach dem Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG) verantwortlich.

## Datenschutzbeauftragter

Wenn Sie Fragen oder Anliegen bezüglich der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben, wenden Sie sich bitte an:

Gem.DataSecure GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Dr. Ralf C. Güstel  
Weidestraße 134  
22083 Hamburg  
[datenschutz@gem-gruppe.de](mailto:datenschutz@gem-gruppe.de)  
[www.gem-gruppe.de](http://www.gem-gruppe.de)

## Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Die Datenverarbeitung dient der Durchsetzung des Unionsrechts und der Unionspolitik sowie nationalem Recht durch Informationen über Verstöße.

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die Sie uns im Rahmen einer Meldung eines Verstoßes im Sinne des Hinweisgeberschutzgesetzes übermitteln ausschließlich für den Zweck der Untersuchung und Bearbeitung Ihrer Meldung. Die Verarbeitung Ihrer Daten erfolgt aufgrund unserer rechtlichen Verpflichtungen gemäß dem Hinweisgeberschutzgesetz (Artikel 6 Abs. 1 lit. c DS-GVO, Artikel 9 Abs. 2 lit. j DS-GVO, § 10 HinSchG).

## Kategorien personenbezogener Daten

Wir verarbeiten folgende Kategorien personenbezogener Daten:

- Personendaten (z.B. Vor- und Nachname sowie Geschlecht)
- Kontaktdaten (z.B. Meldeanschrift, private Telefonnummer, private E-Mail-Adresse; ggf. auch berufliche Kontaktdaten)
- Daten zur beruflichen Tätigkeit (z.B. Beruf, Arbeitgeber, Funktion und Position beim Arbeitgeber)
- ggf. personenbezogene Daten der besonderen Kategorien gemäß Artikel 9 DS-GVO (z.B. Herkunftsdaten oder Gesundheitsdaten)

- ggf. personenbezogene Daten in Verbindung mit einer Straftat gemäß Artikel 10 DS-GVO

Die Daten betreffen sowohl die hinweisgebende Person, als auch ggf. die Personen, die Gegenstand einer Meldung oder Offenlegung sind.

### **Datenweitergabe**

Ihre personenbezogenen Daten werden ausschließlich an diejenigen Personen und Stellen weitergegeben, die für die Untersuchung und Bearbeitung Ihrer Meldung zuständig sind.

Aufgrund der gesetzlichen Informationspflichten benachrichtigen wir von der Meldung betroffene Personen über den zu ihrer Person erfassten Sachverhalt. Gegenstand dieser Information ist auch die Identität der hinweisgebenden Person.

Darüber hinaus werden Ihre Daten grundsätzlich ausschließlich von uns verarbeitet und nicht an Dritte weitergegeben. Ausnahmen betreffen die Fälle, in denen der Gesetzgeber die Weitergabe der Daten verlangt oder vorsieht. Hierzu können die Meldungen z.B. an die Polizei, Staatsanwaltschaft oder Gerichte, sonstige Verwaltungsbehörden, an die Finanzbehörden im Rahmen einer Steuerprüfung, für Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung zuständige staatliche Stellen weitergeleitet werden.

Um Straftaten verfolgen zu können, kann es vorkommen, dass wir personenbezogene Daten der von dem Hinweis betroffenen Personen sowie im Falle von namentlichen Meldungen auch Angaben der hinweisgebenden Person an Ermittlungsbehörden weitergeben.

Die Weitergabe Ihrer Daten an Dritte ist in bestimmten Fällen erforderlich, um Ihre oder unsere Interessen zu wahren oder unsere vertraglichen Pflichten zu erfüllen. Eine solche Weitergabe erfolgt insbesondere, wenn wir externe Dienstleister (z.B. Rechtsanwälte) einsetzen. In diesen Fällen ist der Dienstleister weisungsgebunden und erhält Daten nur in dem Umfang und für den Zeitraum, der für die Erbringung der Leistungen jeweils erforderlich ist. Grundsätzlich unterliegen auch diese Dienstleister der Verschwiegenheit.

### **Übermittlung von Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation**

Personenbezogene Daten werden nicht an Drittländer (Staaten außerhalb der Europäischen Union und dem Europäischen Wirtschaftsraum) oder eine internationale Organisation (Artikel 44 ff. DS-GVO) übermittelt.

### **Dauer der Speicherung von personenbezogenen Daten**

Die Dokumentation zu Ihrer Meldung wird nach Ablauf von drei Jahren nach Abschluss des Verfahrens gemäß § 11 Absatz 5 HinSchG gelöscht. Die Dokumentation kann im Einzelfall länger aufbewahrt werden, um die Anforderungen nach dem Hinweisgeberschutzgesetz oder nach anderen Rechtsvorschriften zu erfüllen, solange dies erforderlich und verhältnismäßig ist.

## **Automatische Entscheidungsfindung**

Im Rahmen der internen Meldestelle nutzen wir weder eine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Artikel 22 DS-GVO, noch zielt unsere Datenverarbeitung darauf ab, bestimmte persönliche Aspekte automatisiert zu verarbeiten.

## **Rechte der betroffenen Person**

Nach der Datenschutz-Grundverordnung wird Ihnen eine Reihe von Rechten gewährt. Sie haben das **Recht auf Auskunft** nach Artikel 15 DS-GVO i.V.m. § 34 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) -sofern dieses insbesondere nach § 9 HinSchG nicht eingeschränkt oder ausgeschlossen ist-, das **Recht auf Berichtigung** gemäß Artikel 16 DS-GVO, das **Recht auf Löschung** aus Artikel 17 DS-GVO i.V.m. § 35 BDSG, das **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung** gemäß Artikel 18 DS-GVO, das **Recht auf Datenübertragbarkeit** aus Artikel 20 DS-GVO, das **Widerspruchsrecht** gemäß Artikel 21 DS-GVO sowie das **Recht auf Beschwerde** gemäß Artikel 77 DS-GVO i. V. m. § 19 BDSG. Möchten Sie Ihr Recht auf Beschwerde wahrnehmen, können Sie Ihre Beschwerde an unseren Datenschutzbeauftragten oder an die zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde richten.

## **Bereitstellungspflicht**

Wir dürfen im Rahmen der Pflicht zur Einrichtung einer internen Meldestelle gemäß § 12 HinSchG personenbezogene Daten im Rahmen der Meldung und der Folgemaßnahmen verarbeiten.

## **Gesetzliche Garantien**

Im Abschnitt 4 HinSchG (§§ 33 ff. HinSchG) wird u.a. ein gesetzlicher Schutz für hinweisgebende Personen und weitere geschützte Personen durch ein Verbot von Repressalien und Schadensersatzpflichten geschaffen.